

Die Kraft der Utopie

von Mauro Ponzi

Das *Manifest für ein freies und vereintes Europa*, das von Altiero Spinelli 1941 in Ventotene geschrieben wurde, entstand in Zusammenarbeit mit Ursula Hirschmann (die er später heiratete), Ernesto Rossi und Eugenio Colorni. Spinelli war ein sehr aktiver und „visionärer“ Politiker, er hatte keine Angst gehabt, politische Lösungen vorzuschlagen, die in jenem Moment utopisch schienen. Das Erlebnis des Krieges, der Gefangenschaft und der Verbannung brachten ihn dazu, radikale und ganz andere Lösungen als die üblichen anzubieten. Das Erlebnis des Krieges führte ihn zu der Überzeugung, dass eine neutrale Einstellung unmöglich war. Man musste unbedingt Stellung nehmen. In dem *Manifest* werden, mit der damaligen politischen Terminologie, die Grundprinzipien des Antifaschismus und der Demokratie verteidigt, vor allem aber der Vorschlag, eine Föderation der europäischen Staaten zu gründen, der auf eine langjährige europäische Tradition ideell zurückgreift, jedoch neue, eigenartige und originelle Züge annimmt. Gegen die wirtschaftliche und politische Krise jener Jahre schildert Spinelli eine anspruchsvolle und weitgehende Perspektive. Man muss die Lösung der nationalen Konflikte und des wirtschaftlichen Umbaus auf Weltebene betrachten. Ein freies und vereintes Europa wird als ein logisches und konsequentes Ergebnis des Kampfes für die Demokratie bezeichnet, und zwar als Ergebnis einer Rationalisierung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der neuen Zeit: Den Nationalismus überwinden durch eine Bündnisperspektive, in der das Eigentliche nicht verschwindet, sondern in einer Einheit von Verschiedem verstärkt wird.

Spinelli erkennt ganz genau die Gefahr des Lokalpatriotismus, der in der extremen Form des Nationalismus falsche Lösungen zu konkreten politischen und wirtschaftlichen Problemen jener Zeit durchsetzen wollte. Es ist Spinelli gelungen, die Entwicklung der sozialpolitischen Ereignisse vorherzusehen und schneller als seine Zeitgenossen zu bestimmen und eine konkrete Antwort zur Globalisierung als Vorschlag einer politischen und wirtschaftlichen Organisation zu formulieren, die über die alten politischen Kategorien hinausgehen könnte. Man kann die Aktualität seines Denkens ganz genau feststellen, wenn man seine Thesen mit der heutigen politischen Debatte vergleicht: Die Auseinandersetzung Globalismus/Lokalismus und die Studien über die Topographie des Fremden formulieren nämlich in neuen und

modernerer Termini und mit einem ganz anderen wissenschaftlichen und methodologischen Apparat einige Intuitionen von Spinelli. Er hat sein Leben lang zunächst im italienischen Parlament der Nachkriegszeit und dann im europäischen Parlament für den Föderalismus gekämpft, kam jedoch nicht einmal dazu, sein Projekt wenigstens partiell verwirklicht zu sehen. Die Europäische Union ist heute noch nicht die im *Manifest* von Ventotene gewünschte politische Einheit, dennoch erweisen sich seine Vorschläge heute mehr denn je als richtig – inmitten einer wirtschaftlichen Krise, die vielleicht viel schlimmer als die von 1929 ist.

Nur eine einheitliche Politik der Länder der Europäischen Union ist in der Lage, angemessene Antworten auf die neuen geistigen und materiellen Bedürfnisse der europäischen Bevölkerung zu geben.

Ich habe Mitte der 80er Jahre Altiero Spinelli persönlich kennengelernt, als ich für „Rassegna Sindacale“, die Wochenzeitschrift der größten italienischen Gewerkschaft (CGIL) schrieb. In einem Gespräch mit ihm trafen mich die Entschlossenheit und Überzeugung, mit denen er seine Ideen äußerte, obwohl sie den meisten Zuhörern als utopisch erschienen. Die neue Zeit vorwegzunehmen bringt manchmal die Gefahr mit sich, von seinen Zeitgenossen nicht verstanden zu werden. Das war teilweise Spinellis Schicksal gewesen, auch wenn seine Figur aber im Lauf der Zeit immer mehr an Bedeutung gewann, weil seine Analysen und politischen Vorschläge sich immer geeigneter erweisen, der politischen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung eine richtige und funktionierende Antwort zu geben.

Wir haben es vorgezogen, das *Manifest* neu zu übersetzen, um dem deutschen Text eine sprachliche Aktualität zu verleihen, die seiner politischen Aktualität entsprechen kann. Gewiss ist die Analyse von Spinelli teilweise mit der gesellschaftlichen und politischen vom con von 1941 verbunden, was aber in dem *Manifest* entscheidend ist, sind seine politischen Vorschläge für die Zukunft, und zwar jene, die damals gewagt erschienen und heute aber an der Tagesordnung liegen.

Spinelli wusste seinen utopischen Schwung mit einer konkreten politischen Praxis zu verflechten, die ihn zu dem Versuch führte, sein Projekt Stück für Stück zu verwirklichen. Im April 1986, einen Monat vor seinem Tod, behauptete er in einem Interview mit Raul Wittenberg für „Thema“, die Monatsschrift der CGIL: «Europa muss in der Lage sein, ein politisches Projekt zu entwerfen. Die Alternative liegt nicht zwischen Europa und einer Rückkehr zum Nationalismus, die nicht zustande kommen wird, weil heutzutage alles, was entscheidend ist, eine übernationale Dimension hat. Die Alternative ist: entweder sich der Nation unterwerfen, oder Europa aufzubauen. Das große Hindernis zur politischen Union besteht in der Tatsache, dass die europäische

Frage in den Händen der Verwaltung liegt. Sie muss hingegen dem Repräsentativorgan der Gemeinschaft übertragen werden; deshalb müssen wir kämpfen, damit das Europaparlament bei den nächsten Wahlen (Juni 1989) ein Verfassungsmandat bekommt, um ein Projekt zu entwerfen, das dann von den verschiedenen Staaten durch ein Referendum und nicht von den Zentralverwaltungen bestätigt werden muss».

Seine Tätigkeit als Mitglied des Europaparlaments zielte nur darauf, das im *Manifest* Geschriebene zu verwirklichen: Selbst ein gemeinsames Verteidigungssystem der europäischen Staaten wurde von ihm als ein kleiner Schritt Angesehen, um jene politische Einheit zu erreichen, die er für entscheidend hielt, um die internationale Lage zu bewältigen. Er hat in verschiedenen Kommissionen des Europaparlaments gearbeitet und die politisch-theoretischen Grundlinien jener langjährigen Entwicklung entworfen, die dann zum Maastrichtabkommen geführt hat. Man muss ihm als Verdienst anrechnen, dass er einen festen Glauben an eine Idee gehabt hat, die damals unrealisierbar schien. Vielleicht sollte man am Beispiel von Spinelli die Kraft der Utopie entdecken und erkennen. I have a dream, sagte Martin Luther King vor vierzig Jahren. Spinelli hat niemals von „Träumen“ gesprochen, er hat konkrete politische Vorschläge formuliert, die sich nach sechzig Jahren allmählich verwirklichen.

Vorwort

von Eugenio Colorni (rom 1944)

Die vorliegenden Schriften wurden zwischen 1941 und 1942 auf der Insel Ventotene verfasst. Trotz all der außergewöhnlichen Umstände, trotz der Zwänge einer strengen Reglementierung und Überwachung, trotz der Trostlosigkeit in der erzwungenen Untätigkeit, aber auch in der angstvollen Hoffnung auf die baldige Befreiung, versuchte man sich mit viel List und Erfindungsgeist so umfassend wie möglich über die Außenwelt zu informieren, und die eigenen Handlungen und die im politischen Kampf eingenommenen Positionen grundsätzlich neu zu überdenken.

Die Distanz zum tatsächlichen politischen Leben erlaubte einen unabhängigeren Blick und legte die Revision der traditionellen Positionen nahe, wobei man die Gründe der vergangenen Misserfolge weniger in technischen Fehlern der parlamentarischen oder revolutionären Taktik suchte, oder darin, dass die allgemeine Lage noch nicht reif sei, sondern eher in der Unzulänglichkeit der allgemeinen Denkmuster, und darin, dass man den Kampf an den alten kontroversen Bruchstellen angesiedelt hatte, ohne das Neue, das die Realität veränderte, ausreichend zu berücksichtigen.

Während man sich darauf vorbereitete, den großen, sich für die nahe Zukunft abzeichnenden Kampf nachhaltig und mit wirksamen Mitteln zu führen, verspürte man das Bedürfnis, die Fehler der Vergangenheit nicht nur zu korrigieren, sondern die Konturen der politischen Fragen mit einem von doktrinen Vorurteilen und Parteimythen freien Geist ganz neu zu umreißen.

Auf diese Weise entstand in den Köpfen einiger Menschen die Grundüberzeugung, dass nur ein Hauptwiderspruch für die Krisen, die Kriege, die Armut und die Unterdrückung, die unsere Gesellschaft quälten, verantwortlich zu machen sei, das heißt die Existenz von geographisch, wirtschaftlich und militärisch souveränen Staaten, die die anderen Staaten als Rivalen und potenzielle Feinde betrachteten, und von denen ein jeder mit jedem in einem Zustand des „bellum omnium contra omnes“ lebte. Diese Idee war an und für sich nichts Neues, doch Bedingungen und Anlass, aus denen sie jetzt neu entstand, ließ sie in gewisser Weise zu einem Novum werden, und das hat vielfältige Ursachen:

1.) Erstens: In den Programmen aller fortschrittlichen Parteien ist die internationalistische, übernationale Lösung zu finden, die für diese Parteien in einem gewissen Sinne unumgänglich und automatisch umgesetzt wird, wenn

die eigenen gesetzten politischen Ziele erreicht werden. Die Demokraten denken, dass die Einführung des von ihnen geforderten Systems in jedem Land ganz sicher zur Entstehung eines einheitlichen Bewusstseins und damit zur Überwindung der kulturellen und moralischen Grenzen führt und darüber hinaus auch die unabdingbare Voraussetzung für die freie Union der Völker auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet ist. Und die Sozialisten ihrerseits meinen, dass die Einführung der Diktatur des Proletariats in den verschiedenen Staaten zu einem inter- und übernationalen Kollektivstaat führen würde.

Nun zeigt aber eine Analyse des modernen Staatsbegriffs und die Summe der damit verbundenen Interessen und Gefühle deutlich, dass freundschaftliche Beziehungen und zwischenstaatliche Zusammenarbeit trotz aller Analogien im internen Staatsaufbau keineswegs zwangsläufig und progressiv zur Einigung führen, solange noch kollektive Interessen und Gefühle existieren, die von dem Staat als einer von Grenzen umschlossenen Einheit ausgehen. Wir wissen aus Erfahrung, dass chauvinistische Gefühle und protektionistische Interessen leicht zu Streitigkeiten und Rivalitäten zwischen zwei Demokratien führen können; und es ist nicht gesagt, dass ein reicher sozialistischer Staat notwendigerweise seine eigenen Ressourcen mit einem ärmeren sozialistischen Staat teilt, nur weil sich beide Staaten ähnliche Staatsformen gegeben haben.

Die Abschaffung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen zwischen den Staaten ergibt sich also nicht zwangsläufig aus der synchronen Einführung einer bestimmten Staatsform in den betroffenen Staaten, sondern stellt ein eigenständiges, von der Staatsform unabhängiges Problem dar, das mit geeigneten und angemessenen Mitteln in Angriff genommen werden muss. Man kann nicht Sozialist sein, ohne gleichzeitig auch die internationale Staatengemeinschaft zu wollen, doch leitet sich das eher aus der ideologischen Überzeugung ab als aus einer politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit; und aus dem Sieg des Sozialismus in einzelnen Staaten entsteht nicht notwendigerweise auch der internationale Staat.

2.) Auch eine weitere Überlegung führte zu der Überzeugung, die föderalistische Zielsetzung unabhängig von der Sichtweise der Parteien zu verfolgen. Die existierenden politischen Parteien ziehen ihre Erfahrungen aus den in der Vergangenheit auf nationaler Ebene geführten politischen Kämpfen, und deshalb werden - sei es aus Gewohnheit oder aus Tradition - die Bedingungen des Nationalstaates bei allen anstehenden politischen Fragen als Basis und Ausgangspunkt genommen und somit die Probleme der internationalen Ordnung als Angelegenheiten der „Außenpolitik“ angesehen, die durch diplomatische Bemühungen und Abkommen zwischen den einzelnen Regierungen gelöst werden müssen. Diese Haltung ist zum Teil Ursache und

zum Teil aber auch Folge der oben beschriebenen Überzeugung der Parteien, dass mit der Übernahme der Zügel im eigenen Land, eine Einigung und Vereinigung mit den Ländern, die ähnliche Staatsformen übernommen haben, automatisch zustande kommt, ohne dass ein spezifisch auf dieses Ziel ausgerichteter politischer Kampf geführt werden muss.

Bei den Verfassern der vorliegenden Schriften war stattdessen die folgende Überzeugung herangereift: Sieht man die Frage der internationalen Staatenordnung als das zentrale Problem der gegenwärtigen historischen Epoche, und betrachtet man die Lösung dieses Problems als die notwendige Bedingung für die Lösung aller weiteren institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Gesellschaft, so muss man gezwungenermaßen auch alle anderen Fragen, die die internen politischen Auseinandersetzungen betreffen, aus dieser Perspektive betrachten, einschließlich der Positionen jeder einzelnen Partei bezüglich ihrer Strategie und Taktik im alltäglichen politischen Handeln. Alle Fragen, ausgehend von den in der Verfassung verbrieften Freiheitsrechten bis hin zum Klassenkampf, von der Organisation und Planung bis hin zur Machtübernahme und Machtausübung, stehen unter einem neuen Licht, wenn man von der Prämisse ausgeht, dass ein einheitliches System auf internationaler Ebene das wichtigste und vorrangigste politische Ziel ist. Auch die Form des eigentlichen politischen Handelns, das heißt mit welcher anderen politischen Kraft man zusammenarbeitet, welches Losungswort man programmatisch hervorhebt, verändert sich, je nachdem ob man sich als Hauptziel die Machtübernahme und Durchsetzung bestimmter Reformen auf einzelstaatlicher Ebene setzt, oder aber die Schaffung der wirtschaftlichen, politischen und ethischen Voraussetzungen für das Entstehen einer föderativen Ordnung, die den ganzen Kontinent umfasst.

3.) Eine weitere - und vielleicht wichtigste - Ursache ist darin zu sehen, dass sich das Ideal einer europäischen Föderation, Präludium zu einer weltweiten Föderation, das noch vor wenigen Jahren wie eine ferne Utopie erscheinen musste, heute am Ende dieses Krieges als erreichbares, beinahe mit der Hand berührbares Ziel offenbart. In der totalen Vermischung der Völker, die dieser Konflikt in allen der deutschen Besatzung unterworfenen Gebieten verursacht hat, in der Notwendigkeit, die fast völlig zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen und alle Fragen, die Staats- und Zollgrenzen oder ethnische Minderheiten usw. betreffen, neu zu erörtern; durch das Wesen dieses Krieges an sich, in dem das nationale Element so oft von dem ideologischen Element überlagert wurde, in dem man gesehen hat, wie kleine und mittlere Staaten zu Gunsten stärkerer Staaten auf einen großen Teil ihrer Souveränität verzichtet haben, und in dem von Seiten der Faschisten selbst der Begriff der „nationalen Unabhängigkeit“ durch den des „Lebensraums“ ersetzt wurde; aus allen diesen

Elementen können wir Beweise herauslesen, die die Aktualität der Frage einer föderativen Ordnung Europas so deutlich wie nie zuvor werden lassen.

Kräfte aus allen sozialen Klassen werden aus ökonomischen ebenso wie aus ideellen Gründen ein besonderes Interesse daran haben. Man wird sich diesem Thema mittels diplomatischer Verhandlungen nähern können und mittels Volksagitation; indem man in den gebildeten Schichten das Studium der damit verbundenen Fragen fördert und revolutionäre Zustände herbeiführt, die - erst einmal entstanden - nicht mehr ungeschehen gemacht werden können; indem man auf die politische Führung der Siegermächte einwirkt und in den besiegten Staaten die Losung verbreitet, dass sie nur in einem freien und vereinigten Europa ihre Rettung finden und die entsetzlichen Folgen der Niederlage mindern können.

Aus all dem ist unsere Bewegung entstanden. Da ist die Vor - rangstellung und das Primat, das diese Frage vor allen anderen Fragen unserer Zeit einnimmt; und da ist die Gewissheit, dass die Gelegenheit für immer verloren wäre, ließen wir es zu, dass wieder nach den alten nationalistischen Mustern verfahren wird und dass dann kein dauerhafter Frieden und Wohlstand für unseren Kontinent möglich sein wird. All dies hat uns von der Notwendigkeit überzeugt, eine parteiunabhängige Organisation zu gründen, die sich für die nun nahende Nachkriegszeit die Verbreitung der Idee einer europäischen Föderation als realisierbares Ziel setzt.

Wir leugnen nicht die Schwierigkeiten dieses Unterfangens, genauso wenig wie die Macht der Kräfte, die unserer Sache entgegen arbeiten; aber heute glauben wir zum ersten Mal, dass unsere Sache nicht nur als weit entferntes Ideal, sondern als dramatisch unaufschiebbare Notwendigkeit auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzung gesetzt werden muss.

Unsere Bewegung, die jetzt bereits seit nahezu zwei Jahren ein schwieriges Leben im Untergrund unter der faschistischen und nazistischen Unterdrückung führt, deren Angehörige aus den Reihen der antifaschistischen Widerstandskämpfer kommen und alle im bewaffneten Kampf für die Freiheit geeint sind und schon im Gefängnis einen harten Preis für die gemeinsame Sache gezahlt haben, diese unsere Bewegung ist keine politische Partei und will das auch nicht sein. Immer klarer definiert unsere Bewegung das eigene politische Handeln, dass sie auf die verschiedenen politischen Parteien einwirken und auch in innerhalb der Parteien selbst arbeiten will, nicht nur um die internationalistischen Aufgaben voran zu treiben, sondern auch und in erster Linie um daran zu arbeiten, dass alle Probleme des politischen Lebens unter diesem neuen Blickwinkel betrachtet werden, dem bisher so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Wir sind keine politische Partei, obwohl wir die umfassende Analyse der institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Ausrichtung der europäischen Föderation aktiv fördern, obwohl wir aktiv an dem Kampf für deren Durchsetzung teilnehmen und uns damit beschäftigen, welche Kräfte in der künftigen politischen Auseinandersetzung für sie eintreten könnten, trotz alledem wollen wir uns nicht öffentlich dazu äußern, wie die Institutionen im Einzelnen aussehen sollen, in welchem Ausmaß die Wirtschaft verstaatlicht oder die Verwaltung dezentralisiert werden soll usw. usw., also über die Merkmale des künftigen föderalen Gefüges. Wir lassen es zu, dass im Inneren unserer Bewegung diese Themen offen und frei diskutiert werden, und dass alle politischen Tendenzen, von der kommunistischen bis zur liberalen, bei uns vertreten sind. In der Tat sind fast alle unserer Anhänger in einer der fortschrittlichen Parteien tätig: Alle stimmen darin überein, die Prinzipien einer freien Europäischen Föderation zu vertreten und deren Durchsetzung zu fördern, einen europäischen Bundesstaat zu wollen, der weder auf einer irgendwie gearteten Hegemonie basiert, noch auf totalitären Systemen, und der von einer strukturellen Stabilität getragen sein soll, die ihn nicht zu einer einfachen Gesellschaft der Nationen werden lässt. Derartige Prinzipien lassen sich unter den folgenden Punkten zusammenfassen: eine einheitliche föderale Armee, ein einheitliches Währungssystem, Abschaffung der Zollschränken und der Beschränkungen der Freizügigkeit innerhalb der Staaten der Föderation, direkte Vertretung der Bürger bei den föderalen Versammlungen und eine gemeinsame Außenpolitik.

In diesen beiden Lebensjahren hat unsere Bewegung sich innerhalb der antifaschistischen Gruppen und Parteien weit verbreitet. Einige von ihnen haben uns öffentlich ihre Anhängerschaft und ihre Sympathie erklärt. Andere haben uns aufgerufen, an der Formulierung ihrer Programme mitzuarbeiten. Es ist sicherlich nicht anmaßend zu behaupten, dass es zum Teil unser Verdienst ist, wenn die Probleme der Europäischen Föderation so oft in der italienischen Untergrundpresse behandelt werden. Unsere Zeitschrift „L'Unità Europea“ verfolgt mit Aufmerksamkeit die Ereignisse der italienischen und internationalen Politik, und bezieht diesbezüglich mit absolut unabhängigem Urteil Position.

Die vorliegenden Schriften sind das Ergebnis unserer Überlegungen und Ideen, die zur Geburt unserer Bewegung geführt haben, jedoch geben sie nur die Meinung der Autoren wieder und sind keineswegs als einzige und unabdingbare Position der Bewegung selbst zu verstehen. Sie wollen nur all denen Diskussionsthemen vorschlagen und Anregungen geben, die die Fragen in der internationalen Gesamtheit neu überdenken wollen, wobei nicht nur die jüngsten ideologischen und politischen Erfahrungen einbezogen werden,

sondern auch die neuesten Ergebnisse der Wirtschaftswissenschaften und die Perspektiven für die Zukunft, die uns am sinnvollsten und vernünftigsten erschienen. Es werden bald weitere Arbeiten und Analysen folgen. Es ist unser Anliegen, dass sie das Entstehen neuer Ideen beflügeln und dass sie in Anbetracht des gegenwärtigen Handlungsdrucks und der aktuellen Dringlichkeit zur Klärung des Sachverhalts beitragen, denn Klarheit und Wissen macht unser politisches Handeln immer entschiedener, bewusster und verantwortungsvoller.

Die italienische Bewegung für die Europäische Föderation
Rom, den 22. Januar 1944

Für ein freies und vereintes Europa. Entwurf zu einem Manifest Ventotene, 1941

Altiero Spinelli, Ernesto Rossi

I. Die Krise der modernen Gesellschaft

Die Grundlage der modernen Gesellschaft ist das Prinzip der Freiheit, wonach der Mensch niemals bloßes Objekt des anderen sein darf, sondern immer ein autonomes Subjekt ist. Auf diesem Grundsatz fußend begann ein gewaltiger historischer Prozess gegen all diejenigen Aspekte des Lebens, die dieses Prinzip missachteten.

1.) Allen Nationen wurde das Recht zugesprochen, sich in unabhängigen Staaten zusammenzuschließen. Jedes Volk, gekennzeichnet durch die eigene geographische, ethnische, sprachliche und historische Identität, sollte in diesem, entsprechend der eigenen politischen Auffassung selbst geschaffenen Staat das geeignete Werkzeug finden, um seine spezifischen Bedürfnisse auf die beste Art und Weise und unabhängig von jeder äußeren Einmischung zu befriedigen. Die Ideologie der nationalen Unabhängigkeit wurde zu einer starken Triebfeder des Fortschritts und hat dazu beigetragen, den engstirnigen und bornierten Lokalpatriotismus zugunsten einer größeren, umfassenderen Solidarität gegen die Unterdrückung und Fremdherrschaft zu überwinden, auch wurden viele der Hindernisse abgeschafft, welche den freien Verkehr von Personen und Waren einschränkten und innerhalb des neu geschaffenen Staates wurde auch den weniger privilegierten Bevölkerungsschichten Zugang zu den fortschrittlichen staatlichen Institutionen und den Vorteilen einer modernen Staatsordnung verschafft. Diese Ideologie trug aber auch den Keim des kapitalistischen Imperialismus in sich, den unsere Generation mit Macht heranwachsen sah, bis hin zum Entstehen der totalitären Staaten und zum Ausbruch der Weltkriege.

Der Nationalstaat wird heute nicht mehr als das historische Produkt des Zusammenlebens der Menschen angesehen, die in einem lang andauernden Prozess zu gemeinsamen und einheitlichen Lebensformen und – zielen gefunden haben und in ihrem Staat das wirksamste Mittel sehen, ihr Zusammenleben im Rahmen der gesamten menschlichen Gesellschaft zu gestalten. Die Nation wird heute jedoch zu einer Art göttlichem Wesen erhoben, zu einem Gebilde, das nur an den eigenen Vorteil und das eigene Fortkommen denkt, ohne sich in irgendeiner Weise um den Schaden zu kümmern, welcher anderen dadurch zugefügt wird. Die uneingeschränkte Souveränität der Nationalstaaten hat dazu geführt, dass jeder einzelne Nationalstaat über den anderen herrschen will, da sich ein jeder von der Macht des anderen bedroht fühlt, und deshalb immer größere Gebiete als den eigenen „Lebensraum“ beansprucht, und damit auch das Recht, sich hier ohne Rücksicht auf andere bedenkenlos zu bedienen und die für die eigene Existenz notwendigen Ressourcen zu sichern. Diese Herrschaftsansprüche konnten nur dazu führen, dass der mächtigste und stärkste Staat die Vorherrschaft gewinnt und die schwächeren Staaten unterjocht.

Folgerichtig hat sich der Staat vom Garanten der Freiheit seiner Bürger zum Herren über seine Untertanen gewandelt, die ihm jederzeit und mit all ihren Kräften und Fähigkeiten zu Diensten stehen müssen, um die Kriegsmaschinerie zu höchster Leistung zu bringen. Auch in Friedenszeiten, die als Ruhephase zur Vorbereitung unvermeidlicher künftiger Kriege angesehen werden, ist die Macht der Militärkaste in vielen Ländern größer als die der bürgerlichen Schichten und behindert dadurch das Funktionieren der freiheitlichen politischen Staatsordnung immer mehr. Schule, Wissenschaft, Produktion und der Verwaltungsapparat dienen überwiegend der Steigerung des kriegerischen Potentials. Mütter werden zu Gebärmaschinen künftiger Soldaten herabgewürdigt und nach den gleichen Kriterien belohnt, wie besonders fruchtbare Nutztiere auf den Viehmärkten. Kinder werden vom zartesten Alter an zum Soldatenberuf und zum Hass auf die Fremden erzogen. Die individuellen Freiheiten sind aufgehoben, wenn alles militärischen Zwecken untergeordnet ist und alle jederzeit zum Waffendienst gerufen werden können. Immer neue Kriege zwingen die Menschen, ihre Familien, ihre Arbeit und ihr Hab und Gut zu verlassen und ihr Leben für Ziele zu opfern, deren Sinn und Wert niemand wirklich begreift. In wenigen Tagen werden die Früchte jahrzehntelanger Arbeit zunichte gemacht, die doch den allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand vermehren sollten.

Den totalitären Staaten ist es am konsequentesten gelungen, alle gesellschaftlichen Kräfte zu vereinen und ein Höchstmaß an Zentralisierung und Autarkie zu verwirklichen, und somit scheint in den heute herrschenden

internationalen Verhältnissen die totalitäre Staatsform die am besten geeignete zu sein. Wenn eine Nation einen Schritt in Richtung eines noch extremeren Totalitarismus macht, folgen ihr, von ihrem Überlebenswillen auf den gleichen Weg getrieben, alle anderen blind.

2.) Allen Bürgern wurde das gleiche Recht bei der Bildung des Staatswillens zugesprochen, verstanden als die aus freiem Willen zustande gekommene Synthese der unterschiedlichen, sich ändernden wirtschaftlichen und ideologischen Bedürfnisse aller sozialen Schichten. Eine solche politische Ordnung ermöglichte es, viele der von früheren Herrschaftssystemen sozusagen als Altlast übernommenen schlimmsten Ungerechtigkeiten zu korrigieren oder zumindest abzuschwächen. Doch die Pressefreiheit, die Vereinigungsfreiheit und die zunehmende Durchsetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts erschwerten zusehends die Bewahrung der alten Privilegien und stärkte gleichzeitig das repräsentative System immer mehr.

Nach und nach lernten die Besitzlosen, sich dieser Instrumente zu bedienen und mit ihrer Hilfe die angestammten Rechte und Privilegien der besitzenden Klassen zu schwächen. Die Vermögens- und Erbschaftssteuer, die progressiven Steuersätze auf die größeren Vermögen, die Steuerfreiheit für Minimaleinkommen und lebensnotwendige Bedarfsgüter, die Abschaffung des Schulgelds für öffentliche Schulen, die Einführung eines staatlichen Sozialversicherungssystems, die Agrarreformen und die Regulierung und Kontrolle der industriellen Arbeitsbedingungen, all das bedrohte die privilegierten Schichten in ihrem innersten Kern.

Selbst jene privilegierten Schichten, die der politischen Gleichberechtigung zugestimmt hatten, konnten nicht zulassen, dass die mittellosen Klassen diese Freiheiten dazu nutzten, eine faktische Gleichheit durchzusetzen, die besagte Rechten mit dem konkreten Inhalt wirklicher Freiheit gefüllt hätte. Als dann nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Bedrohung zu stark wurde, war es nur natürlich, dass diese Schichten das Aufkommen der Diktaturen freudig begrüßten und aktiv unterstützten, die dann ihren Gegnern auch die gesetzlichen Waffen entzogen.

Darüber hinaus entstanden mächtige Interessensverbände, gewaltige Industrie- und Bankenkonzerne auf der einen und die Gewerkschaften, die unter einer einzigen Dachorganisation ganze Heerscharen von Arbeitern vereinigten, auf der anderen Seite, und sowohl die Gewerkschaften als auch die Industrieverbände übten starken Druck auf die Regierungen aus, um die jeweiligen Sonderinteressen durchzusetzen. Auf diesem Hintergrund drohte der Staat, in viele einzelne wirtschaftliche Interessensverbände zu zerfallen, die sich untereinander aufs heftigste bekämpften. Die liberal-demokratische Rechtsordnung wurde von diesen Gruppen genutzt, um das gesamte

Gemeinwesen besser für die eigenen Interessen auszunutzen, und verlor so immer mehr an Ansehen. So entstand die Überzeugung, dass allein der totalitäre Staat unter Abschaffung der politischen Freiheiten des Volkes die Interessenskonflikte lösen konnte, deren die politischen Institutionen nicht mehr Herr zu werden vermochten.

In Wirklichkeit festigten die totalitären Regime die nach und nach errungene Stellung der verschiedenen Gesellschaftsklassen, und die Errichtung eines Polizeistaats, der das Leben der Bürger total überwachte, sowie die gewaltsame Vernichtung aller Andersdenkender verhinderte jede rechtmäßige Möglichkeit zu einer Veränderung des Status Quo. Dadurch wurde das Fortbestehen des völlig parasitären Standes der Grundbesitzer und Rentiers gewährleistet, deren einziger Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion im Einkassieren ihrer Zinserträge besteht, sowie der Monopole und Kartelle, die die Konsumenten ausnützen und das Geld der kleinen Sparer vernichten. Garantiert wird auch die Stellung der Plutokraten, die hinter den Kulissen die Politiker wie Marionetten beeinflussen, um so die ganze Staatsmaschinerie unter dem Vorwand übergeordneter nationaler Interessen zu ihrem eigenen persönlichen Nutzen zu lenken. Unangetastet bleiben die immensen Vermögen einiger weniger, und das Elend der großen Massen wird festgeschrieben, denen jede Möglichkeit, die Früchte der modernen Zivilisation zu genießen, verwehrt bleibt. Im Wesentlichen wird ein wirtschaftliches System aufrecht erhalten, in dem die materiellen Ressourcen und die Arbeitskraft, die eigentlich zur Befriedigung der für die Entwicklung und Erhaltung menschlicher Lebenskraft unerlässlichen Grundbedürfnisse eingesetzt werden sollten, statt dessen der Erfüllung der überflüssigen und überstiegenen Wünsche der Besitzenden dienen, die allein in der Lage sind, auch die höchsten Preise zu bezahlen: Ein wirtschaftliches System, in dem das Erbschaftsrecht dafür sorgt, dass die Macht des Geldes immer der selben Klasse vorbehalten bleibt, und zu einem Privileg wird, das dem sozialen Wert der tatsächlich geleisteten Dienste in keiner Weise entspricht. Demgegenüber ist die soziale Lage des Proletariats unerträglich, und die Arbeiter sind zum bloßen Überleben oft gezwungen, sich von jedem ausbeuten zu lassen, der ihnen irgendeine Arbeitsmöglichkeit anbietet.

Um die Arbeiterklassen handlungsunfähig und gefügig zu machen, werden die Gewerkschaften, gegründet als freie Organisationen, die sich dem Kampf für die Interessen ihrer Mitglieder verschrieben hatten und die von Personen geführt wurden, die das Vertrauen aller besaßen, in polizeiliche Überwachungsorgane umgewandelt, deren Führungskader von den herrschenden Gruppen eingesetzt werden und nur diesen gegenüber verantwortlich sind. Jedwede Veränderungen eines solchen Wirtschaftssystems werden ausschließlich von den Erfordernissen und Notwendigkeiten des

Militarismus diktiert, die zusammenfallen mit den reaktionären Zielen der privilegierten Schichten, den totalitären Staat zu errichten und zu festigen.

3.) Gegen den autoritären Dogmatismus hat sich der bleibende Wert des kritischen Geistes durchgesetzt. Alles, was behauptet wurde, musste sich selbst rechtfertigen oder verschwinden. Der systematischen Anwendung dieser vorurteilslosen Haltung verdanken wir die größten Errungenschaften unserer Gesellschaft in jedem Bereich. Aber diese Freiheit des Geistes konnte der Krise, die in den totalitären Staat führte, nicht standhalten. Neue Dogmen, die aus Überzeugung oder Heuchelei übernommen werden, erheben sich als die Herrscher über alle Wissenschaften.

Niemand weiß wirklich, was eine Rasse ist, und schon die elementarsten Grundkenntnisse der Geschichte beweisen die Absurdität dieser Theorie, dennoch verlangt man von den Physiologen, daran zu glauben, dass man zu einer auserwählten Rasse gehöre, und dies auch überzeugend nachzuweisen, nur weil der Imperialismus diesen Mythos braucht, um in den Massen den Hass und den Nationalstolz zu schüren. Die eindeutigsten Begriffe der Wirtschaftswissenschaft werden auf den Index verbannt, um eine auf Autarkie abzielende Politik, eine ausgewogene Handelsbilanz und all die anderen alten Eisen des Merkantilismus als herausragende Entdeckungen unserer Zeit anzupreisen. Aufgrund der wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit aller Teile der Welt ist der Lebensraum für jedes Volk, das den Lebensstandard einer modernen Gesellschaft bewahren will, auch der ganze Erdball. Doch es wurde die Pseudowissenschaft der Geopolitik geschaffen, die die Gültigkeit der Theorie vom Lebensraum beweisen will, um den Herrschaftswillen des Imperialismus theoretisch zu untermauern.

Die wesentlichen Daten der Geschichte werden im Interesse der herrschenden Klasse gefälscht. Die Bibliotheken und Buchhandlungen werden von allen, nicht für rechtgläubig gehaltenen Werken gesäubert. Die Finsternis des Obskurantismus droht erneut, den menschlichen Geist zu ersticken. Selbst die Sozialethik der Freiheit und der Gleichheit wird ausgehöhlt. Die Menschen werden nicht mehr als freie Bürger angesehen, die sich des Staates bedienen können, um ihre gesellschaftlichen Ziele und Interessen wirksamer durchsetzen zu können. Sie werden zu Untertanen des Staates, der bestimmt, wie ihre Ziele und Interessen auszusehen haben. Der Wille des Staates wird zu dem Willen der Statthalter der Macht. Die Menschen sind keine mit Rechten ausgestatteten Personen mehr, sondern sie sind einer klaren Hierarchie unterworfen und müssen den höheren Autoritäten widerspruchlos gehorchen, an deren Spitze ein Führer steht, der gebührend vergöttlicht werden muss. Das Kastensystem ist allmächtiger als je zuvor aus seiner eigenen Asche wieder auferstanden.

Dieses reaktionäre totalitäre System hat, nachdem es in einigen Ländern gesiegt hat, im nationalsozialistischen Deutschland eine Macht gefunden, die sich für fähig hielt, diese Ideologie bis in die letzte Konsequenz umzusetzen. Nach gründlicher Vorbereitung und dreister und skrupelloser Ausnutzung bestehender Rivalitäten, Egoismen und der Dummheit der anderen gelang es Hitler-Deutschland auch noch andere Vasallenstaaten mit sich zu reißen, zuerst Italien, danach hat es sich mit Japan verbündet, das in Asien identische Ziele verfolgte, und alle in einen Angriffskrieg zur Errichtung der Weltherrschaft gestürzt. Ein Sieg würde die endgültige Durchsetzung des Totalitarismus auf der Welt bedeuten, und das in seiner brutalsten Form, und die progressiven Kräfte wären für lange Zeit zu bloßer negativer Opposition verdammt.

Die traditionelle Arroganz und der Starrsinn der deutschen Militärkaste kann uns schon eine Vorstellung davon geben, wie ihre Herrschaft nach dem totalen Sieg aussehen würde. Die siegreichen Deutschen könnten sich sogar einen Anflug von geheuchelter Großzügigkeit gegenüber den anderen europäischen Völkern leisten, ihre Staatsgebiete und politischen Institutionen formal anerkennen, um so die eigene Herrschaft zu sichern, denn so wäre diesem törichtem patriotischen Gefühl Genüge getan, das die Farben der Grenzpfähle und die Nationalität der im Rampenlicht stehenden Politiker für wichtiger hält als das tatsächliche Kräfteverhältnis und den wirklichen Inhalt der staatlichen Institutionen. Wie auch immer verkleidet, wäre die Realität doch immer die gleiche, nichts als die erneute Aufteilung der Menschheit in Spartiaten und Heloten.

Auch eine Kompromisslösung zwischen den kämpfenden Parteien würde einen weiteren Schritt hin zum Totalitarismus bedeuten, wären doch alle Länder, die dem Würgegriff Deutschlands entgangen sind, zur Anwendung der gleichen politischen Organisationsformen gezwungen, um sich angemessen auf einen Wiederbeginn des Krieges vorzubereiten. Aber Hitlerdeutschland hat dadurch, dass es die kleineren Staaten einen nach dem anderen unterjocht hat, auch größere und mächtigere Länder zur Gegenwehr gezwungen. Der Mut und Kampfgeist Großbritanniens, das selbst zu einem äußerst kritischen Zeitpunkt, als es dem Feind allein gegenüberstand, in den Krieg eintrat, hat dazu geführt, dass die Deutschen auf den zähen Widerstand der sowjetischen Streitkräfte trafen, und dies gab Amerika Zeit zur Mobilisierung all seiner unermesslichen materiellen und humanen Ressourcen. Dieser Kampf gegen den deutschen Imperialismus war eng verbunden mit dem des chinesischen Volkes gegen den japanischen Imperialismus.

Unzählige Menschen haben sich schon gegen die totalitären Mächte gestellt, und enorme Finanzmittel wurden schon bereitgestellt. Die Macht der totalitären Länder hat schon ihren Höhepunkt erreicht und wird von nun an

unaufhaltsam ihrem Niedergang entgegengehen. Die Gegenkräfte haben dagegen ihren Tiefpunkt bereits überwunden und werden immer stärker.

Der Krieg der Alliierten stärkt jeden Tag aufs Neue den Willen zur Befreiung, auch in den besetzten und unterjochten Ländern, die sich unter der Gewalt selbst aufgegeben hatten. Der Wille zur Befreiung erwacht sogar in den Völkern der Achse, die sich bewusst werden, dass sie in den Abgrund gerissen werden, nur um die Gier ihrer Machthaber zu befriedigen.

Unzählige Menschen wurden von dem neuen Regime verformt, verblendet und haben sich angepasst, und so konnte sich die totalitäre Macht festigen, doch heute ist dieser langsame Prozess nicht nur unterbrochen, sondern es hat schon längst eine entgegengesetzte Entwicklung begonnen. In dieser starken, sich langsam erhebenden Bewegung finden sich alle progressiven Kräfte wieder: Die aufgeklärten Teile der Arbeiterklasse, die weder Gewalt und Terror noch Schmeicheleien von ihrem Streben nach einem besseren Leben abhalten konnten; die klarsten Köpfe der Intellektuellen, die die Erniedrigung der Intelligenz als Kränkung empfanden; Unternehmer, die sich zu neuen Initiativen fähig fühlen und die bürokratischen Fesseln der nationalen Autarkie abwerfen möchten, weil sie ihre Bewegungsfreiheit einengen; und schließlich all diejenigen, deren angeborener Sinn für Würde sie auch in der demütigenden Sklaverei den aufrechten Gang nicht hat vergessen lassen.

All diesen Kräften ist heute die Rettung unserer Zivilisation anvertraut.

II. Die Aufgaben der Nachkriegszeit. Die europäische Einheit

Die Niederlage Deutschlands würde aber nicht automatisch zu einer Neuordnung Europas nach unserem Ideal der Zivilgesellschaft führen. In der kurzen intensiven Zeit der allgemeinen Krise (während derer die Staaten zerstört am Boden liegen und die Volksmassen voller Sorgen auf neue Ideen warten werden, formbar und aufnahmefähig für neue Formen, bereit, die Führung ehrlicher international denkender Männer anzunehmen), werden die in den alten nationalstaatlichen Systemen ehemals am stärksten privilegierten Schichten mit Hinterlist oder mit Gewalt versuchen, die Welle der internationalen Begeisterung abzuschwächen, und sich ostentativ damit beschäftigen, das alte Staats- und Herrschaftssystem wiederherzustellen. Es ist wahrscheinlich, dass die englischen Staatsführer, vielleicht sogar im Einverständnis mit den führenden amerikanischen Politikern, versuchen werden, die Dinge in diese Richtung zu lenken, um die Politik des Gleichgewichts der Kräfte im scheinbar unmittelbaren Interesse ihrer Länder weiter verfolgen zu können.

Die konservativen Kräfte, das heißt die Amtsinhaber der wichtigsten Institutionen der Nationalstaaten; die Führungsschicht des Militärs, die auch bis in monarchistische Kreise reicht; all jene Gruppen des monopolistischen Kapitalismus, die das eigene Profitinteresse mit dem Staatsinteresse gleichgesetzt haben; die Großgrundbesitzer und die hohen kirchlichen Würdenträger, deren parasitäre Erträge nur durch eine stabile konservative Gesellschaftsordnung gesichert sind; und in ihrer Folge die ganze unzählige Schar derer, die von ihnen abhängen oder auch nur von ihrer althergebrachten Macht verblendet sind; alle diese reaktionären Kräfte spüren schon heute, dass das Fundament ihrer Macht brüchig geworden ist, und versuchen nun, zu retten, was noch zu retten ist. Der Zusammenbruch würde ihnen auf einen Schlag all die Sicherheiten nehmen, über die sie bisher verfügten, und sie dem Angriff der progressiven Kräfte aussetzen.

Die Revolutionäre Situation: Alte und Neue Strömungen

Der Zusammenbruch der totalitären Regime bedeutet für die Völker gefühlsmäßig die Rückkehr der „Freiheit“; die auf ihrem Siegeszug nicht aufzuhalten ist, und damit auch automatisch die Einführung der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Das wird der Triumph der demokratischen Kräfte sein. Diese haben unzählige Nuancen, die von einem sehr konservativen Liberalismus bis hin zum Sozialismus und zur Anarchie gehen. Sie glauben an das „spontane Entstehen“ der Ereignisse und der Institutionen, an den

absoluten Wert der Impulse, die von unten kommen. Sie wollen den Lauf der „Geschichte“, das „Volk“ und das „Proletariat“, oder wie auch immer ihre Götter heißen, zu nichts zwingen. Sie wünschen das Ende der Diktaturen, und stellen es sich wie die Rückgabe der unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechte an das Volk vor. Die Krönung ihrer Träume ist eine verfassungsgebende Versammlung, gewählt unter strengster Achtung der Rechte des Wahlvolks und mit einem möglichst weit ausgedehnten Wahlrecht. Sie entscheidet darüber, welche Verfassung sich das Land gibt. Wenn das Volk dazu nicht reif ist, wird es sich eine schlechte Verfassung geben; doch kann diese nur durch eine fortwährende Überzeugungsarbeit verbessert werden.

Die Demokraten verzichten nicht prinzipiell auf Gewalt; sie wollen jedoch nur dann auf sie zurückgreifen, wenn die Mehrheit von ihrer Unvermeidbarkeit überzeugt ist, das heißt genau dann, wenn Gewaltanwendung nur noch ein nahezu überflüssiges Tüpfelchen auf dem „i“ darstellt. Die Demokraten taugen also als geeignete Führungskräfte nur in Zeiten des normalen demokratischen Lebens, in denen ein Volk im Grossen und Ganzen von der Zweckmäßigkeit und Funktionstüchtigkeit seiner Grundordnung überzeugt ist, die nur einer Änderung in vergleichsweise zweitrangigen Aspekten bedarf. In revolutionären Zeiten, in denen die Institutionen noch aufgebaut und nicht nur verwaltet werden müssen, scheitert die demokratische Praxis kläglich. Die bedauernde Unfähigkeit der Demokraten während der russischen, deutschen und spanischen Revolution sind drei der jüngsten Beispiele dafür. Nach dem Zusammenbruch des alten Staatsapparats mit seinen Gesetzen und seiner Verwaltung werden unzählige Volksversammlungen und Volksvertretungen einberufen, in denen der alte Rechtszustand dem Anschein nach entweder verteidigt oder aber rigoros abgelehnt wird und in denen alle fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte zusammenfließen und die anstehenden Fragen aufgeregt erörtern. Das Volk hat gewiss einige grundlegende Bedürfnisse zu stillen, weiß aber nicht recht, was es wirklich will oder was zu tun ist. Tausend Glocken klingen in den Ohren des Volkes. Den Millionen unterschiedlicher Köpfe und Meinungen gelingt es nicht, eine gemeinsame Richtung zu finden, und das Volk zerfällt in eine Unzahl verschiedener Strömungen, die sich gegenseitig bekämpfen.

In einem solchen Moment ist jedoch größte Entscheidungsfähigkeit und größte Entschlossenheit gefragt, doch die Demokraten fühlen sich verloren, wenn sie keinen spontanen Volkskonsens hinter sich spüren, sondern nur einen unruhigen Aufruhr der Leidenschaften. Sie sehen es als ihre Pflicht an, diesen Konsens zu erreichen und appellieren mahnend von der Kanzel herab an das Volk, in einem Moment, in dem Menschen mit Führungsqualitäten gebraucht werden, die das zu erreichende Ziel klar vor Augen haben. Und so wird die

günstigste Gelegenheit zur Festigung der neuen Staatsform verpasst, denn die in aller Eile einberufenen Organe benötigen eine lange Vorbereitungszeit und sind deshalb nur für Zeiten relativer politischer Ruhe geeignet. Sie spielen ihren Gegnern Waffen zu, die diese dann gegen sie selbst wenden. Sie zeigen mit ihren zahlreichen Widersprüchen nicht so sehr den Willen zur Erneuerung, sondern eher die allgemeine konfuse Tatenlosigkeit und Entscheidungsschwäche all der Kräfte, die sich gegenseitig lähmen und somit den Boden für die reaktionären Kräfte vorbereiten. In einer revolutionären Krise wird die politische Methode der Demokraten nichts als nutzloser Ballast sein.

Sobald die Demokraten mit ihren Wortgefechten ihre Beliebtheit als Verfechter der Freiheit verspielt haben, weil den Worten keine ernsthafte politische und soziale Revolution nachgefolgt ist, würden zweifelsohne die politischen Institutionen wiederauferstehen, die schon vor der Machtergreifung des Totalitarismus geherrscht haben, und die politische Auseinandersetzung würde nach den alten Mustern des Klassenkampfes fortgeführt werden.

Das Prinzip, wonach der Klassenkampf der einzige gemeinsame Nenner ist, auf den alle politischen Probleme zurückgeführt werden, war die Grundüberzeugung vor allem der Fabrikarbeiter und hat dazu beigetragen, ihrer Politik Geschlossenheit zu geben, so lange die grundlegenden Institutionen nicht in Frage gestellt wurden. Es verwandelt sich aber in ein Instrument zur Isolierung des Proletariats, wenn die gesamte Gesellschaftsordnung grundlegend erneuert werden muss. Die im Klassenkampf groß gewordenen Arbeiter haben noch nicht erkannt, dass ihre spezifischen Klasseninteressen, oder sogar die Interessen der Arbeiter einzelner Wirtschaftsbranchen nicht durchzusetzen sind, wenn sie nicht in die Interessen der anderen Gesellschaftsschichten eingebunden werden, oder aber sie streben die einseitige Diktatur ihrer Klasse an, um die utopische Kollektivierung aller Produktionsmittel zu erreichen, die von einer jahrhundertealten Propaganda als das Allheilmittel für all ihre Leiden angepriesen wird. Diese Politik kann keine andere Schicht außer die der Arbeiter begeistern und verliert somit die Unterstützung aller anderen progressiven Kräfte, oder liefert sie der Reaktion aus, die sich ihrer geschickt bedient, um der proletarischen Bewegung das Rückgrat zu brechen.

Unter den verschiedenen Strömungen der traditionellen Arbeiterbewegung, die der Klassenpolitik und dem kollektivistischen Ideal verpflichtet sind, waren es gerade die Kommunisten, die die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeit erkannt hatten, für die Umsetzung ihrer Politik starke Bündnispartner zu finden. Deswegen haben sich die Kommunisten im Unterschied zu den anderen Volksparteien in eine streng organisierte

Bewegung verwandelt und den Mythos der russischen Revolution ausgenutzt, um die Arbeiter in einer Einheitsbewegung zusammenzuschließen, jedoch wird die Arbeiterklasse nicht zum eigentlichen Entscheidungsträger erhoben, sondern als bloßes Werkzeug in den diversen aussichtslosen politischen Schachzügen eingesetzt.

Diese Vorgehensweise gibt den Kommunisten in revolutionären Krisen eine größere politische Effizienz als den Demokraten; doch versuchen die kommunistischen Kräfte unter dem Vorwand, dass die „wahre Revolution“ des Proletariats erst noch kommen werde, die Arbeiterklasse so weit wie möglich von den anderen revolutionären Kräften fernzuhalten, und so wird im entscheidenden Moment eine Spaltung hervorgerufen, die die Durchsetzung der politischen Zielsetzungen insgesamt schwächt. Auch ihre absolute Abhängigkeit vom russischen Sowjetstaat, der die nationalen kommunistischen Bewegungen des Öfteren dazu benutzt hat, die eigenen nationalen politischen Interessen durchzusetzen, verleiht der eigenen nationalen kommunistischen Politik keinerlei Kontinuität. Sie müssen sich immer hinter einem Karoly, einem Blum, einem Negrin verstecken, um dann umso widerstandsloser gemeinsam mit ihren demokratischen Strohmännern unterzugehen. Man erwirbt und festigt die Macht nicht nur durch kluge politische Schachzüge, sondern allein dann, wenn man auch in der Lage ist, glaubwürdige und realitätsnahe Antworten auf die Anforderungen der modernen Gesellschaft zu geben.

Bleibe der Kampf in der Zukunft auf das traditionelle nationale Feld beschränkt, so wäre es sehr schwer, den alten, bisher nicht gelösten Problemen zu entfliehen. Denn die Nationalstaaten haben ihre Wirtschaft bereits so weitgehend geplant, dass die Kernfrage schon bald wäre, welche wirtschaftliche Interessensgemeinschaft, mit anderen Worten welche Klasse, die wirtschaftlichen Schalthebel in der Hand hält. Die Front der progressiven Kräfte würde im Streit zwischen den Gesellschaftsklassen und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen leicht zerschmettert werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die reaktionären Kräfte daraus Profit schlagen.

Eine echte revolutionäre Bewegung muss von den Gruppierungen ausgehen, die den alten politischen Ausrichtungen kritisch gegenüberstehen. Sie wird lernen müssen, mit den demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten, mit den Kommunisten, und ganz allgemein mit all denen, die zum Untergang des Totalitarismus beigetragen haben, ohne sich jedoch von der politischen Praxis irgendeiner dieser Kräfte instrumentalisieren zu lassen.

Die reaktionären Kräfte verfügen über fähige Männer und Führungspersönlichkeiten, die zum Befehlen erzogen wurden, und die entschlossen für den Erhalt ihrer Vorherrschaft kämpfen werden. In schweren

Zeiten werden sie sich geschickt verstellen, sie werden vorgeben, Befürworter der Freiheit, des Friedens, des allgemeinen Wohlstands der ärmeren Klassen zu sein. Wir haben schon in der Vergangenheit gesehen, wie sie sich hinter den Volksbewegungen verborgen und diese gelähmt, umgeleitet und in das glatte Gegenteil verwandelt haben. Sie werden ohne Zweifel die gefährlichste Kraft sein, die es auszuschalten gilt.

Ihr Ziel wird mit aller Sicherheit die Wiederherstellung des Nationalstaates sein. Hierbei können sie auf das am weitesten verbreitete Volksempfinden zurückgreifen, auf das Nationalgefühl, das durch die vergangenen Erschütterungen am meisten verletzt wurde und von den Reaktionären am leichtesten manipuliert werden kann. Auf diese Weise können sie auch darauf hoffen, die Ideen ihrer Gegner leichter zu verwirren, da sich die einzige politische Erfahrung der Massen bisher im Rahmen der nationalen Grenzen bewegte. Deswegen ist es auch umso leichter, sowohl das Volk als auch seine kurzsichtigeren politischen Führer auf den Weg des Wiederaufbaus der durch die Katastrophe zerstörten Nationalstaaten zu locken.

Würden dieses Ziel erreicht, dann hätte die Reaktion gewonnen. Diese Staaten könnten sogar dem Anschein nach verhältnismäßig demokratisch und sozialistisch sein, doch wäre die Rückkehr der Macht in die Hände der reaktionären Kräfte nur eine Frage der Zeit. Die nationalen Rivalitäten würden wiedererwachen und jeder Staat erneut die Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse ausschließlich in die Hände des Militärs legen. Übergeordnetes Ziel wäre es, die Völker früher oder später wieder in den Krieg zu führen. Die Generäle würden wieder befehlen, die Monopolisten wieder von einer auf Autarkie ausgerichteten Wirtschaft profitieren, die bürokratischen Körperschaften würden sich wieder aufblähen, die Priester würden die Massen wieder zähmen. Alle Errungenschaften der ersten Stunde würden auf ein Nichts zusammenschrumpfen vor der Notwendigkeit, sich auf einen neuen Krieg vorzubereiten.

Das Problem, welches zu allererst gelöst werden muss und ohne dessen Lösung jeder andere Fortschritt nur ein Schein bleibt, ist die endgültige Abschaffung der Zersplitterung Europas in souveräne Nationalstaaten. Der Zusammenbruch der Mehrheit der Staaten des Kontinents unter der deutschen Dampfwalze hat schon das gemeinsame Schicksal der europäischen Völker besiegelt, denn entweder werden sie alle gemeinsam der Herrschaft Hitler-Deutschlands unterworfen oder aber alle gemeinsam nach dem Zusammenbruch dieses Regimes in eine revolutionäre Krise eintreten, in der sie sich aus ihren herkömmlichen Staatsstrukturen befreien und die vorhandene Trennung aufheben können. Schon heute stehen sie einem föderativen Wiederaufbau Europas viel wohlwillender gegenüber als in der

Vergangenheit. Die dramatischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben auch denen die Augen geöffnet, die nichts sehen wollten, und haben viele günstige Umstände für unser Ideal geschaffen.

Alle vernünftigen Menschen haben inzwischen begriffen, dass ein Gleichgewicht unter den unabhängigen europäischen Staaten nicht aufrecht zu erhalten ist, solange das militaristische Deutschland unter gleichen Bedingungen mit den anderen Staaten zusammenlebt. Genauso wenig kann man Deutschland nach seiner Niederlage zerstückeln und es „mit dem Fuß im Nacken“ zu einem Kleinstaat degradieren. Es wurde klar, dass kein Land in Europa unbeteiligt bleiben kann, während die anderen sich bekriegen, und dass Neutralitätserklärungen und Nichtangriffspakte zu nichts nütze sind. Es ist inzwischen bewiesen, wie nutzlos, ja schädlich Organismen von der Art eines Völkerbundes sind, der vorgab, ein internationales Recht zu garantieren, ohne eine militärische Kraft zu besitzen, die in der Lage gewesen wäre, unter Wahrung der absoluten Souveränität der teilnehmenden Staaten internationale Entscheidungen durchzusetzen. Absurd ist das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates, nach dem jedes Volk frei sein sollte, sich eine beliebige despotische Regierung zu wählen, als wäre der innere Aufbau jedes einzelnen Staates nicht von vitalem Interesse für jeden anderen europäischen Staat. Unlösbar sind die vielfältigen Probleme, die das internationale Leben unseres Kontinents vergiften. Die Grenzziehung in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung, die Verteidigung der nationalen Minderheiten, der Zugang zum Meer für Binnenländer, die Balkanfrage, die Irland-Frage, usw., all diese Probleme könnten in einer Europäischen Föderation leicht gelöst werden, ebenso wie in der Vergangenheit die verschiedenen Konflikte der Kleinstaaten mit ihrer Aufnahme in das größere nationale Staatsgebilde gelöst und dadurch entschärft wurden, dass sie nun als eine innerstaatliche Angelegenheit betrachtet wurden.

Auf der anderen Seite begünstigen viele Umstände das Errichten eines föderativen Systems, das allein in der Lage ist, der momentanen Anarchie ein Ende zu setzen: Der zerstörte Mythos der Unangreifbarkeit Großbritanniens, der die Engländer in die so genannte „splendid isolation“ getrieben hatte, bedeutete auch das Ende des Gefühls der Sicherheit; die Niederlage und Auflösung der französischen Streitkräfte und der französischen Republik schon beim ersten ernsthaften Angriff der deutschen Truppen (wodurch die chauvinistische Überzeugung von der absoluten gallischen Überlegenheit hoffentlich stark geschwächt wurde); und vor allem das allgemeine Erkennen der großen Gefahr, unter das deutsche Joch zu geraten. Auch die Tatsache, dass England inzwischen die indische Unabhängigkeit anerkannt hat, und dass Frankreich mit dem Eingestehen seiner Niederlage möglicherweise sein ganzes

Imperium verloren hat, erleichtert es, eine Verständigungsbasis für eine europäische Neuordnung der kolonialen Besitztümer zu finden.

Dazu kommen schließlich noch der Untergang einiger der wichtigsten Dynastien und die schwankenden Grundfesten der übrigen Monarchien. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass die Dynastien, welche die verschiedenen Länder als ihr traditionelles Erbe betrachten, zusammen mit den mächtigen Interessen, in deren Einverständnis sie handelten, ein ernsthaftes Hindernis bei einer von der Vernunft gebotenen Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa darstellten, da diese nur auf einer republikanischen Verfassung aller ihrer Mitgliedsländer gegründet werden können. Und wenn sich, über den europäischen Horizont hinaus, in einer Zukunftsvision alle Völker der Menschheit in die Arme fallen sollten, dann muss man akzeptieren, dass die Europäische Föderation die einzige denkbare Garantie dafür darstellt, dass die Beziehungen zu den asiatischen und amerikanischen Völkern sich auf der Grundlage einer friedlichen Zusammenarbeit entwickeln können, in Erwartung einer weiter entfernten Zukunft, in welcher die politische Einheit des ganzen Erdballs möglich sein wird.

Die Trennungslinie zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Parteien verläuft also jetzt nicht mehr entlang der formalen Linie einer mehr oder weniger ausgeprägten Demokratie oder eines mehr oder weniger ausgeprägten sozialistischen Systems, sondern entlang der grundlegend neuen Trennungslinie: Auf der einen Seite stehen all diejenigen, die weiter dem alten Hauptziel, der Übernahme der politischen Macht im Nationalstaat verhaftet bleiben, und die, ohne es zu wollen, unvermeidlich zum Spielball der reaktionären Kräfte werden, indem sie die glühende, formbare Lava der Begeisterung des Volkes in die alten Formen pressen und dadurch die alten Absurditäten wieder auferstehen lassen, auf der anderen Seite stehen diejenigen Kräfte, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, einen soliden und gefestigten internationalen Staat zu schaffen, und die Kräfte des Volkes in diese Richtung lenken wollen. Selbst wenn diese Kräfte die nationale Macht erobern sollten, werden sie diese in erster Linie als Werkzeug zur Verwirklichung der internationalen Einheit einsetzen.

Aufklärung, Propaganda und Aktion, aber auch eine Vielfalt von Absprachen und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bewegungen, die in den verschiedenen Ländern zweifelsohne entstehen werden, bilden schon jetzt das Fundament für eine einheitliche Bewegung, die alle Kräfte zu mobilisieren vermag, um diesen neuen übernationalen Organismus ins Leben zu rufen, der nach Jahrhunderten die großartigste und fortschrittlichste Schöpfung in Europa sein wird. Es muss ein stabiler Bundesstaat aufgebaut werden, der die

nationalen Streitkräfte zugunsten einer europäischen Streitmacht abschafft; der entschieden die Wirtschaftsautarkien zerschmettert, die das Rückgrat der totalitären Regime bilden; der über angemessene Staatsorgane und finanzielle Mittel verfügt, um in den einzelnen Bundesstaaten seine Entscheidungen, die dem Erhalt der gemeinschaftlichen Ordnung dienen, durchsetzen zu können, dabei aber gleichzeitig den einzelnen Staaten die Autonomie lässt, die es ihnen erlaubt, das politische Leben gemäß der besonderen Eigenheiten der jeweiligen Völker auszuformen und weiter zu entwickeln.

Wenn es in den größten europäischen Ländern genug Menschen gibt, die das verstehen, dann werden wir den Sieg binnen kurzer Zeit in unseren Händen halten, da die allgemeinen Umstände und der Zeitgeist unserem Werk zuarbeiten. Ihnen werden Parteien und Tendenzen gegenüberstehen, die sich durch die verheerende Erfahrung der letzten zwanzig Jahre selbst diskreditiert haben. Denn die Zeit ist gekommen, für neue Aufgaben, für den neuen Menschen, für die BEWEGUNG FÜR EIN FREIES UND VEREINTES EUROPA.

III. Die Aufgaben der Nachkriegszeit. Die Reform der Gesellschaft

Ein freies und vereinigtes Europa ist die notwendige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der modernen Gesellschaft, die im Zeitalter des Totalitarismus zum Stillstand gekommen war. Das Ende dieser Ära wird sofort den historischen Prozess gegen die Ungleichheit und die sozialen Privilegien wieder entfachen. Alle alten, konservativen Institutionen, die diesen Prozess behinderten, werden zusammenbrechen; und diese Krise muss mit Mut und Entschlossenheit genutzt werden.

Die europäische Revolution muss, um unseren eigenen Ansprüchen zu genügen, sozialistisch sein, das heißt, sie muss also sich als Ziel die Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung und das Erreichen würdigerer Lebensbedingungen für diese Schicht setzen. Der Richtung weisende Kompass kann hierbei aber nicht das rein doktrinaire Prinzip sein, nach dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln prinzipiell abgeschafft werden muss, oder nur in einer Übergangsphase geduldet werden kann. Die allgemeine Verstaatlichung der Wirtschaft war die erste utopische Form, unter der sich die Arbeiterklasse die Befreiung vom kapitalistischen Joch vorstellte; jedoch sobald dies einmal vollständig durchgesetzt ist, führt dies nicht zum ersehnten Ziel, sondern zur Errichtung eines Regimes, in dem das ganze Volk im Dienst einer kleinen Kaste von Bürokraten steht, die die Wirtschaft verwaltet.

Das wahre Grundprinzip des Sozialismus besteht darin, dass die wirtschaftlichen Kräfte nicht über die Menschen herrschen sollen, sondern dass diese Kräfte, so wie es für die Naturgewalten zutrifft, auf vernünftige Weise von den Menschen gezähmt, gelenkt und kontrolliert werden sollten, damit die großen Massen nicht zu ihrem Opfer werden (die allgemeine Kollektivierung stellt lediglich eine überstürzte und fehlerhafte Schlussfolgerung aus diesem Grundprinzip dar). Die enormen, aus dem individuellen Interesse entspringenden fortschrittlichen Kräfte, sollten nicht in der täglichen Routine erstickt, um dann vor der unlösbaren Aufgabe zu stehen, Unternehmungsgeist, Leistung und Engagement anschließend durch finanzielle Anreize und Gehaltsdifferenzierung wiederzuerwecken; diese Kräfte sollen stattdessen unterstützt und ausgebaut werden, und ihnen sollten größere Chancen zur Weiterentwicklung, Selbstentfaltung und Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen konsolidiert und perfektioniert werden, die zur Erreichung all der Ziele führen, die für die ganze Gesellschaft am wichtigsten sind.

Das Privateigentum muss von Fall zu Fall abgeschafft, begrenzt, korrigiert oder auch erweitert werden, also nicht auf dogmatische und prinzipielle Art. Diese Richtlinie fügt sich selbstverständlich in den Prozess der Entstehung eines europäischen Wirtschaftslebens ein, das von dem Alptraum des Militarismus und des nationalen Bürokratismus befreit ist. Die rationale Lösung muss die Stelle der irrationalen einnehmen, auch im Bewusstsein der Arbeiter. Um den Inhalt dieser Richtlinie genauer zu klären und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Angemessenheit und die Modalitäten jedes einzelnen Programmpunktes immer vor dem von jetzt an unverzichtbaren Hintergrund der europäischen Einheit beurteilt werden müssen, betonen wir die folgenden Punkte:

a) Es gibt Unternehmen, die nicht in privaten Händen verbleiben sollten, zum Beispiel Konzerne, die eine Monopolstellung eingenommen haben, die ihnen die Möglichkeiten zur Ausbeutung der Konsumenten bietet, zum Beispiel die Elektrizitätswerke; oder die Unternehmen von kollektivem Interesse, die aber Schutzzölle, Subventionen, Beihilfen usw. benötigen (das bekannteste Beispiel für diese Art von Industrie ist bisher in Italien die Eisen- und Stahlindustrie); und die Unternehmen, die wegen der Höhe des investierten Kapitals und der Anzahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter oder aufgrund der Wichtigkeit des von ihnen beherrschten Wirtschaftszweigs, die Staatsorgane erpressen und eine für sie geeignete Politik erzwingen können (z.B.: Bergbau, Großbanken, große Rüstungsindustrien). Dies ist das Feld, in dem man sicherlich in großem Maßstab Nationalisierungen vornehmen muss, ohne jede Rücksicht auf angestammte Rechte und Privilegien.

b) Eigentums- und Erbschaftsrecht haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass in den Händen weniger Privilegierter große Reichtümer angehäuft wurden, die während einer revolutionären Krise gerecht verteilt werden sollten, um die parasitären Schichten abzuschaffen und den Arbeitern die Produktionsmittel in die Hand zu geben, derer sie zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation und zur Erreichung größerer Unabhängigkeit bedürfen. Wir denken dabei an eine Agrarreform, die das Land denen überschreibt, die es bebauen, wodurch die Anzahl der Grundbesitzer enorm ansteigen würde, oder an eine Industriereform, die das Eigentum der Arbeiter auf die nicht verstaatlichten Bereiche ausdehnt, und zwar durch Mitbestimmung, Betriebsaktien für Arbeiter usw.

c) Die jungen Menschen müssen durch angemessene Maßnahmen gefördert werden, damit die ungleichen Ausgangspositionen im Lebenskampf auf ein Minimum reduziert werden. Vor allem muss die öffentliche Schule eine reale Möglichkeit bieten, den Begabtesten und nicht nur den Reichsten den Zugang zu den höchsten Schul- und Studienabschlüssen zu ermöglichen; und

das Bildungssystem muss in jedem Ausbildungs- und Studienzweig eine der Nachfrage des Marktes entsprechende Anzahl von Personen auf die unterschiedlichen Berufe und die freien und wissenschaftlichen Tätigkeiten vorbereiten, damit die Durchschnittslöhne für die verschiedenen Berufszweige mehr oder weniger gleich sind, wie unterschiedlich die Bezahlung innerhalb der gleichen Kategorie auch sein mag, entsprechend den unterschiedlichen persönlichen Leistungen und Fähigkeiten.

d) Die dank der modernen Technik schier unbegrenzte Möglichkeit der Massenproduktion lebenswichtiger Güter erlaubt es inzwischen, alle Menschen mit verhältnismäßig geringen sozialen Kosten mit Wohnung, Nahrung und Kleidung zu versorgen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Die menschliche Solidarität gegenüber denjenigen, die im wirtschaftlichen Kampf unterlegen sind, sollte aber keine karitative Form annehmen, die immer erniedrigend ist und das gleiche Übel verursacht, das sie beseitigen will. Sondern sie soll mittels gezielter Maßnahmen allen Menschen bedingungslos eine angemessene Lebensqualität garantieren, ob sie nun arbeiten können oder nicht, ohne indes den Anreiz zur Arbeit, Leistung und zum Sparen zu verringern. Dadurch wird niemand mehr durch Armut gezwungen sein, halsabschneiderische Arbeitsverträge zu akzeptieren.

e) Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur unter den oben genannten Bedingungen stattfinden. Sie darf nicht wieder in die Hände der Wirtschaftspolitik der monopolistischen Syndikate fallen, die ganz einfach die Unterdrückungsmethoden des Großkapitals auf die Lebensbedingungen der Arbeiter übertragen. Die Arbeiter müssen ihre Vertrauensleute wieder frei wählen dürfen, damit Arbeits- und Lohnbedingungen kollektiv verhandelt werden, und der Staat muss die Rechtsmittel zur Verfügung stellen, die das Zustandkommen und Einhalten der abgeschlossenen Verträge garantieren. Alle monopolistischen Tendenzen können wirksam bekämpft werden, sobald diese sozialen Reformen durchgesetzt worden sind.

Diese Veränderungen müssen vorgenommen werden, um innerhalb der neuen Gesellschaftsordnung eine breite Schicht von Bürgern zu schaffen, denen die Aufrechterhaltung dieser Ordnung am Herzen liegt, und um dem politischen Leben eine freiheitliche Prägung zu geben, die durch einen starken Sinn für soziale Verantwortung gekennzeichnet ist. Auf dieser Grundlage haben die politischen Freiheiten wirklich einen konkreten Inhalt, nicht nur einen formalen, und das gilt für alle, denn dann wird die überwiegende Mehrheit der Bürger unabhängig und verantwortungsbewusst genug sein, um eine dauerhafte und wirksame Kontrolle über die ausführenden Gewalten auszuüben.

Es wäre müßig, sich mit den konstitutionellen Institutionen aufzuhalten, da sich die Konditionen, unter welchen sie entstehen und wir ken sollen, nicht vorhersehen lassen. Daher würden wir nur wiederholen, was alle schon über die Notwendigkeit repräsentativer Organe wissen und gesagt haben; oder über die Gesetzgebungsverfahren; über die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, die an die Stelle der aktuellen treten soll, und deren Aufgabe es ist, die verabschiedeten Gesetze unparteiisch umzusetzen; über die Presse- und Vereinigungsfreiheit, die zur Aufklärung der öffentlichen Meinung und zur effektiven Teilhabe aller Bürger am staatlichen und gesellschaftlichen Leben unentbehrlich ist. Lediglich zwei Fragen bedürfen weiterer Klärung, da sie in diesem Augenblick für unser Land von besonderer Wichtigkeit sind: die Beziehungen des Staates zur Kirche und die Form der politischen Vertretung.

a) Das Konkordat, mit welchem der Vatikan in Italien einen Vertrag mit dem Faschismus geschlossen hat, muss zweifelsohne annulliert werden, um den rein weltlichen, laizistischen Charakter des Staates zu unterstreichen, und um auf unwiderrufliche Weise das Primat des Staates über das gesellschaftliche Leben festzuschreiben. Alle religiösen Bekenntnisse müssen auf gleiche Weise respektiert werden, doch sollen keine staatlichen Gelder mehr an die Kirchen fließen.

b) Das vom Faschismus mit der korporativen Ordnung errichtete Kartenhaus wird zusammen mit den anderen Bestandteilen des totalitären Staates in sich zusammenfallen. Manche meinen, dass in diesen Trümmern das Material für eine neue Verfassung gefunden werden kann. Wir sind nicht dieser Meinung. Die korporativen Kammern, deklariert als branchen- und berufsständische Vertretungen, sind in den totalitären Staaten nichts anderes als ein die Rechte der Arbeiter verhöhnendes Instrument des Polizeistaats. Selbst wenn diese korporativen Kammern wirkliche Interessensvertretungen der verschiedenen Wirtschaftsbranchen wären, so sind die repräsentativen Organe der verschiedenen Berufskategorien niemals befähigt, in Fragen der allgemeinen Politik zu entscheiden, und in den rein wirtschaftlichen Fragen würden die mächtigsten und stärksten korporativen Vertretungen die Vorherrschaft über die schwächeren gewinnen. Den Gewerkschaften wird weitgehend die Aufgabe zufallen, mit den staatlichen Organen zusammenzuarbeiten, die für die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und Interessen zuständig sind. Es ist aber auszuschließen, dass ihnen eine gesetzgebende Funktion zugesprochen wird, denn dies würde eine Feudalanarchie im Wirtschaftsleben bedeuten, was zu einem neuen politischen Despotismus führen würde. Für viele, die sich blauäugig vom Mythos des Korporativismus verführen ließen, könnte die Idee einer Neu- und Umgestaltung dieses Systems verlockend sein; aber es muss eingesehen

werden, wie absurd diese konfuse Lösung war. Der Korporativismus kann nur in der Form existieren, die er in den totalitären Staaten angenommen hatte, als Mittel zur Kontrolle und Reglementierung der Arbeiter durch regimetreue Funktionäre, die jede Aktion und Handlung im Interesse der regierenden Kaste überwachen.

Die revolutionäre Partei kann nicht erst im entscheidenden Moment dilettantisch und unvorbereitet aus dem Boden gestampft werden, sondern muss ab sofort wenigstens ihre zentrale politische Grundhaltung, ein allgemeines Rahmenprogramm und einen allgemeinen Aktionsplan ausarbeiten und festlegen. Sie sollte kein heterogenes Agglomerat verschiedener Strömungen sein, die sich nur aus einer Negativhaltung heraus als Übergangslösung zusammenschließen, das heißt aufgrund ihrer antifaschistischen Vergangenheit und in der bloßen Erwartung des Zusammenbruchs des totalitären Regimes, um dann wieder ihrer eigenen Wege zu gehen, sobald dieses Ziel erreicht ist. Die revolutionäre Partei weiß dagegen, dass ihre Arbeit mit dem Zusammenbruch des Totalitarismus erst wirklich beginnt. Deswegen muss sie aus Männern und Frauen bestehen, die bezüglich der wichtigsten Probleme der Zukunft einer Meinung sind.

Die Partei muss mit einer durchdachten Propaganda alle Unterdrückten des aktuellen Regimes erreichen, und die individuellen und schichtspezifischen Fragen aufgreifen, die am schmerzlichsten und dringendsten empfunden werden, in der Folge muss jedoch auch der Zusammenhang mit anderen Problemen und deren wahre Lösung aufgezeigt werden. Aber aus dem dauernd anwachsenden Umkreis ihrer Sympathisanten dürfen in den engeren Kreis Organisation der Bewegung nur diejenigen aufgenommen werden, die die europäische Revolution zum Hauptziel ihres Lebens gemacht haben und die diszipliniert Tag für Tag die nötige Arbeit leisten, die umsichtig und fortwährend für die Sicherheit aller Mitglieder sorgen, auch in Situationen der härtesten Illegalität, und die so das solide Netzwerk bilden, das dem labileren Umkreis der Sympathisanten Rückhalt verleiht.

Obwohl die Partei keine Gelegenheit auslassen und kein Wirkungsfeld vernachlässigen darf, um ihre Ideen zu verbreiten, muss sie doch ihre Bemühungen vor allem auf die Kreise konzentrieren, die als Katalysator zur Verbreitung von Ideen und auch als Rekrutierungsfeld kampfbereiter Männer am wichtigsten sind. Dies sind zuallererst die beiden sozialen Gruppen, die die Dramatik der aktuellen Lage am stärksten empfinden und die auch in der Zukunft entscheidend sein werden, und zwar die Arbeiterklasse und die Intellektuellen. Erstere haben sich der totalitären Geißel am wenigsten gebeugt, sie werden am schnellsten bereit sein, ihre Reihen neu zu ordnen. Die Intellektuellen, insbesondere die jüngeren, fühlen sich durch die herrschenden

Despoten am meisten erstickt und angewidert. Nach und nach werden sich auch andere Schichten unvermeidlich von der allgemeinen Bewegung angezogen fühlen.

Jede Bewegung, die die Aufgabe verfehlt, diese Kräfte an sich zu binden, ist zur Erfolglosigkeit verdammt. Einer Bewegung, die nur aus Intellektuellen besteht, wird es am Rückhalt der Massen fehlen, der nötig ist, um den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen, und eine solche Partei und die Arbeiterklasse würden sich gegenseitig misstrauen. Selbst wenn sie von demokratischen Gefühlen beseelt wäre, wäre sie doch geneigt, sich angesichts von Schwierigkeiten durch Mobilisierung aller anderen Klassen gegen die Arbeiter auf eine faschistische Restauration hin zu bewegen. Würde sich die Bewegung dagegen allein auf das Proletariat stützen, fehlte ihr die Klarheit des Denkens, die nur von den Intellektuellen kommen kann und notwendig ist, um die neuen Aufgaben und die neuen Wege richtig einzuschätzen. Sie würde im alten Klassendenken verhaftet bleiben, überall Feinde sehen und unvermeidlich in die doktrinäre kommunistische Lösung stolpern.

Während der revolutionären Krise ist es Aufgabe dieser Bewegung, die fortschrittlichen Kräfte zu organisieren und zu führen, auch unter Nutzung aller spontan im Schmelztiegel der revolutionären Massen entstehenden Volksorgane, die sich hier nicht versammeln, um Volksabstimmungen zu veranstalten, sondern weil sie darauf warten, in die richtige Richtung geführt zu werden. Unsere Bewegung bezieht ihre Vision und die Gewissheit darüber, was zu tun ist, nicht aus der Vorwegnahme eines noch gar nicht ausgebildeten Volkswillens, sondern aus der Gewissheit, die tief liegenden Bedürfnisse der modernen Gesellschaft zu vertreten. Unsere Bewegung gibt auf diese Weise die ersten Grundsätze für die neue Gesellschaftsordnung und den ersten sozialen Rahmen für die noch amorphen Massen. Durch diese Diktatur der Revolutionspartei wird der neue Staat geschaffen und mit ihm die neue, wahre Demokratie.

Es ist nicht zu befürchten, dass eine derartige Revolutionsregierung notwendigerweise in eine neue Despotie führt. Dies würde nur geschehen, wenn die neu geschaffene Gesellschaftsform auf der Unterwürfigkeit der Untertanen aufgebaut wäre. Wenn aber die Revolutionspartei mit fester Hand von Anfang an die Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit schafft, also eine Gesellschaftsordnung, in der alle Bürger wirklich am staatlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben, dann wird deren Weiterentwicklung, auch durch eventuelle unbedeutende politische Krisen hindurch, in Richtung eines wachsenden Verständnisses und Akzeptierens der neuen Ordnung von Seiten aller Bürger und Schichten verlaufen, und deswegen das Funktionieren freier politischer Institutionen in immer größerem Maße ermöglichen.

Heute ist der Augenblick gekommen, um die alten drückenden Lasten abzuwerfen, und bereit und offen zu sein für das Neue, das so ganz anders sein wird, als man es sich vorgestellt hatte. Die, die versagt haben im alten Regime, müssen die politische Bühne verlassen, und neue Energien unter den jungen Menschen müssen erweckt werden. Heute suchen und finden sich alle, die die Gründe der gegenwärtigen Krise der europäischen Zivilisation erkannt haben, und sie beginnen die Zukunft neu zu gestalten, und deshalb treten sie jetzt das Erbe all der Bewegungen an, die für die Menschlichkeit gekämpft haben, die aber bisher gescheitert sind, weil sie sich ein falsches Ziel gesetzt oder aber zu falschen Mitteln gegriffen haben.

Der Weg, der uns erwartet, ist weder leicht noch sicher. Aber wir müssen ihn gehen, und wir werden es tun!

Altiero Spinelli - Ernesto Rossi